

„Die Massentierhaltung ist krank“

SPD-Parteichef Gabriel über gesundes Essen, Zocker in Banken und die Macht der Rede

Herr Gabriel, Sie treffen heute den Vorsitzenden des Umweltschutzverbands BUND, um über Antibiotika-Einsatz in der Massentierhaltung zu sprechen. Essen Sie noch gern Hühnerfleisch?

Das ganze System der Massentierhaltung ist krank. Die Tiere können nur dann bis zur Schlachtung überleben, wenn sie mit Medikamenten vollgepumpt werden. Der maßlose Antibiotika-Einsatz führt dazu, dass Krankheitserreger resistent werden – und das kann Menschenleben gefährden. Und die Massentierhaltung boomt: Wir erleben ja immer öfter, dass aus normalen Bauernhöfen Industriebetriebe werden. Deswegen glaube ich, dass man auch das Baurecht ändern muss.

Das Baurecht kann doch nicht alles sein! Nein, natürlich nicht. Wir müssen an das System ran. In einem ersten Schritt dürfen die Ausbauten nicht mehr subventioniert werden ...

Damit stoppen Sie aber erst mal nur weitere Massenställe ...

... so ist es, und deshalb reicht es auch nicht. Deswegen müssen wir auch die Arzneimittelvergabe begrenzen. Da macht es sich Ministerin Ilse Aigner zu leicht, wenn sie das den Ländern übergibt. Das muss deutlich stärker kontrolliert werden. Und wir werden beim EU-Agrarhaushalt umsteuern müssen.

Geschieht dies nicht bereits?

Wir brauchen Anreize, um von der Massentierhaltung wegzukommen. Gegenwärtig geschieht das Gegenteil. Die bäuerliche Landwirtschaft wird massiv benachteiligt, nur die großen Agrarbetriebe profitieren. Wer seine Tiere anständig behandelt und gutes Fleisch produziert, muss stärker gefördert werden. Es kann nicht sein, dass nur diejenigen sicher sein können, gesunde Lebensmittel auf dem Teller zu haben, die sich den regelmäßigen Einkauf beim Bioladen leisten können. Verbraucherschutz ist auch ein soziales Thema.

Die Koalition beschäftigt sich derzeit mehr mit einem anderen Thema. Kommt die Finanztransaktionssteuer?

Die SPD drängt darauf seit Jahren. Es geht bei der Transaktionssteuer nicht nur um Geld, sondern es geht auch um Moral und Anstand. Ich kann keinem Arbeitnehmer erklären, dass er Lohn- und Mehrwertsteuer zahlen muss, gemeingefährliche Spekulationen aber steuerfrei sind. Diejenigen, die die Krise maßgeblich verursacht haben – die Zocker in den Banken und an den Börsen – müssen jetzt auch an den Kosten der Krisenbekämpfung beteiligt werden.

Aber nun soll es doch in Ihrem Sinne vorgehen.

Das Skandalöse ist, dass diese Bundesregierung zwei Jahre lang die Einführung der Transaktionssteuer verweigert hat. Und jetzt sagt Frau Merkel, die Steu-

er kann kommen, das sei ihre „persönliche“ Meinung. Aber eine Kanzlerin ist doch nicht dazu da, ihre persönliche Meinung zu erzählen, sie ist dazu da zu regieren. Sie muss das durchsetzen in der Koalition.

Die FDP bremst und sorgt sich um die Finanzplätze in Deutschland.

Die FDP hat nur feige Ausreden. Die wissen genau, dass die Briten niemals mitmachen. Und deswegen können sie locker erklären, sie stimmen zu, wenn die Briten dabei sind. Das ist de facto das Aus.

Es sei denn, SPD und Union machen gemeinsame Sache..

Wenn die CDU im Bundestag etwas Richtiges beantragt, wird die SPD immer zustimmen. Das haben wir in Europafragen oder beim Atomausstieg schon mehrfach getan. Aber meine Sorge ist, dass die Kanzlerin das bei der Besteuerung der Spekulanten auf den Finanzmärkten am Ende nicht machen wird.

Nur Rederei?

Die Wahrheit ist doch, dass die deutschen Beamten in Brüssel im Auftrag dieser Bundesregierung auf der Bremse stehen, wenn es um die Einführung der Finanztransaktionssteuer geht.

Herr Gabriel, noch ein Wort zum Bundespräsidenten. Warum sollte Christian Wulff zurücktreten?

Die einzige Macht, die ein Bundespräsident hat, ist seine Rede und die Glaubwürdigkeit seiner Rede. Es ist fatal, wenn man dem Wort des Bundespräsidenten nicht glauben kann. Das Schlimmste ist, dass er die Maßstäbe, die es für dieses Amt gab, in die falsche Richtung verschoben hat.

In welche falsche Richtung?

Nach der Logik des Bundespräsidenten und der Kanzlerin könnte jeder Beamte sagen: „Ja, ich habe Vorteile angenommen, aber das ist nicht so schlimm, denn es war ein Freund von mir.“ Jeder Politiker könnte sagen: „Ich habe das Parlament beschwindelt, aber ist ja nicht so schlimm.“ Dieses Amt ist in den vergangenen 60 Jahren von den Amtsinhabern mit einer besonderen Würde ausgestattet worden. Diese Würde hat Autorität und Vertrauen geschaffen, und beides geht gerade verloren.

Hat Christian Wulff nicht eine zweite Chance verdient?

Er hat ja schon viele „zweite Chancen“ bekommen. Niemand hat an seine politischen Gegner so hohe moralische Ansprüche gestellt wie Christian Wulff. Niemand hat sich so sehr zu einer moralischen Instanz gemacht wie er. Und niemand hat seine politischen Gegner mit so unnachgiebiger Härte verfolgt, wenn ihnen auch nur ein Teil der Fehler unterlaufen ist, die er selbst begangen hat.

Wie kommen Sie darauf?

Ich erinnere nur daran, dass er gegen



„Wir sind noch nicht gut genug“: Der Bundesvorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel.

dpa

den bereits zurückgetretenen SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski noch einen Untersuchungsausschuss durchgesetzt hat, als der bereits zurückgetreten und psychisch und physisch schwer angeschlagen war.

Wie geht es eigentlich der SPD?

In fast allen Umfragen liegen wir bei 30 Prozent und darüber. Gemessen an der Ausgangslage von 2009 ist das gut, aber noch nicht gut genug.

Das heißt, Sie sind zufrieden?

Nein! Man darf ja nie zufrieden sein. Unsere Umfragewerte haben natürlich viel mit der Schwäche der Regierung zu tun und noch nicht genug mit dem Vertrauen in die SPD. Was wir in den beiden vergangenen Jahren an programmatischer Arbeit geleistet haben, müssen wir noch stärker an die Leute bringen.

Die Fragen stellten Gabi Stief und Reinhard Urschel

Fenster schließen

Ausschnitt drucken